

## Rede zum Gemeindefinanzierungsgesetz (Plenarsitzung vom 05.12.2007)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Als Nächster spricht der fraktionslose Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel\*** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Die Regierung Rüttgers macht auch 2008

*(Unruhe – Glocke)*

keine Politik für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – und schon gar nicht für diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind. Sie macht keine Politik der Chancengleichheit – und schon gar nicht für die Schwächeren, sozial Benachteiligten und Kinder und Jugendlichen in NRW. Dies sieht man in den Kommunen des Landes sehr deutlich.

Die Mehreinnahmen der Kommunen von 855 Millionen € kommen allein konjunkturell bedingt zustande; denn insgesamt hat sich die Landesregierung durch Änderungen im System um rund 1 Milliarde € entlastet. Im Moment gibt es den Helmut im Glück; in den nächsten Jahren droht wieder eine karge „Linssen“-Suppe. Die Verschuldung der Kommunen steigt so weiter auf über 13 Milliarden €, und die meisten Kommunen sind in der Haushaltssicherung. Auch da richtet sich Ihre Steuer- und Finanzpolitik wieder gegen Bürgerinnen und Bürger; denn ganz klar ist: Wenn den Städten die Mittel fehlen, wird wieder der Sozialetat beschnitten und werden im Umwelt- und Ökologiebereich Projekte wieder nicht verwirklicht werden können.

Dies wird zudem zulasten von Kindern und Jugendlichen gehen. Ganz real erleben wir dies jetzt bei den Auswirkungen von KiBiz und der Abschaffung der Elternbeitragsausgleichszahlungen. Zum Beispiel fehlen in Münster – meiner Kommune, aus der ich komme – alleine im nächsten Jahr 2 Millionen € an Landeszuweisungen – Geld, das den Kommunen und den Kindergärten fehlt und das die Stadt jetzt alleine aufbringen muss. Es gibt natürlich auch weiter steigende Ausgaben im Sozialbereich.

Ich zitiere hier einmal Herrn Prof. Sander vom Städtetag NRW. Konkret hat er bei der Anhörung zum GFG 2008 gesagt:

*„Wir haben immerhin noch Kassenkredite von über 12 Milliarden €. Das heißt, diese Situation“*

– nämlich die Steuermehreinnahmen –

*„müsste mehrere Jahre anhalten, damit wir überhaupt wieder etwas von diesen hohen Kassenkrediten abtragen könnten, und es befinden sich von den 427 Kommunen noch 190 im Haushaltssicherungskonzept, und davon haben 113 kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept.“*

Weiter sagt Prof. Sander:

*„Der Verbundsatz bleibt unverändert, und hier ist natürlich die kritische Bemerkung anzubringen, dass es beim Solidarbeitragsgesetz keine Spitzabrechnung gibt; ...“*

Außerdem sagt er:

*„Die Steuern sind gestiegen, sodass uns über 900 Millionen € nicht zukommen.“*

Diese 900 Millionen €, die der Vertreter des Städtetages NRW konkret nennt, sind das, was Sie den Kommunen in den letzten Jahren weggenommen haben.

*„Die kommunale Finanzsituation wird massiv beeinflusst durch die Hartz-IV-*

*Reformen. Es war vorgesehen, dass die Kommunen mit 2,5 Milliarden € entlastet werden. Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung und rechnet man den Entlastungsbetrag auf Nordrhein-Westfalen runter, so bleibt im Großen und Ganzen eine Entlastung von 110 Millionen € für die Kommunen.“*

Alles das sagt Prof. Sander vom Städtetag dazu. Deshalb müssen wir im Zusammenhang mit dem GFG nochmals kritisieren, dass das Land seinen Beitrag für die Sonderentlastung der Kommunen in den neuen Bundesländern in Höhe von 220 Millionen € bei den Kommunen refinanziert, indem es seine Zahlungen beim Wohngeld entsprechend kürzt. Das ist die reale Situation.

Es gibt auch weitere strukturelle Verschlechterungen – vor allem dadurch, dass die Grunderwerbsteuer aus den Verbundgrundlagen des Finanzausgleiches des Jahres 2007 herausgenommen worden ist, was ein Defizit von 188,2 Millionen € bedeutet. Auch das ist eine deutliche Verschlechterung.

Deswegen fordern die Landschaftsverbände im Einklang mit den kommunalen Spitzenverbänden, die Verbundgrundlagen 2008 wieder um vier Siebtel des Grunderwerbsteueraufkommens des Landes zu erhöhen. Aber auch das machen Sie nicht.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Rüdiger Sagel\*** (fraktionslos): Das ist Ihre reale Politik. Sie ist gegen die Kommunen und gegen die Bürgerinnen und Bürger des Landes gerichtet – mit allen sozialen und ökologischen Folgewirkungen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Fraktion der Grünen hat sich noch einmal Kollege Becker zu Wort gemeldet.